

Demokratie in der Mitte – Zentrum/Gesundbrunnen
Fabrik Osloer Straße e. V.
Osloer Straße 12, 13359 Berlin
Fon: 030 495 005
Mail: info@demokratie-in-der-mitte.de

Aufruf zur Einreichung eines Projektangebotes bei Demokratie in der Mitte für die Partnerschaft Zentrum/Gesundbrunnen im Rahmen des Bundesprogrammes Demokratie leben! 2026

(*kursiv* geschriebene Begriffe sind unten erklärt)

Sie wollen auf *Diskriminierungen* in ihrem Kiez aufmerksam machen und dagegen aktiv werden? Sie setzen sich für ein offenes, demokratisches und solidarisches Miteinander ein?

Demokratie in der Mitte unterstützt Ihr Projekt mit bis zu 5.000 Euro – damit Sie die Regionen Zentrum/Gesundbrunnen mitgestalten können.

Die Förderung der Partnerschaft für Demokratie **Zentrum/Gesundbrunnen** deckt **seit 2026** folgende Gebiete ab: **Tiergarten Süd, Regierungsviertel, Alexanderplatz, Brunnenstraße Süd, Brunnenstraße Nord, Osloer Straße**. Weitere Informationen zu den Bezirksregionen finden Sie unter folgendem Link: [Bezirksregionen – Berlin.de](http://Bezirksregionen-Berlin.de)

Demokratie in der Mitte bietet Unterstützung und Beratung bei der Antragstellung an. Wir bitten Sie ausdrücklich, unsere persönliche, telefonische oder digitale Projektberatung **vorab** zu nutzen, um unnötigen Mehraufwand für alle Beteiligten zu vermeiden.

Zusätzlich bieten wir am **28.04.2026 (17.00-18.30 Uhr)** einen **Online Infocall** zur Antragsstellung an. Anmeldung per Mail an: info@demokratie-in-der-mitte.de

Bitte beachten Sie außerdem die **Erläuterungen zur Antragstellung**.

Die geförderten Angebote und Projekte sollten möglichst viele Menschen im Gebiet erreichen und niedrigschwellige Zugänge ermöglichen.

Alle interessierten gemeinnützigen Träger und Vereine können ihre Projektangebote ab sofort per E-Mail einreichen.

Die Abgabefrist ist der 22. Mai 2026 um 23:59 Uhr.

Weitere Informationen über: www.demokratie-in-der-mitte.de

Allgemeine Hinweise

Die Förderhöhe beträgt max. **5.000€**.

Förderfähig sind Projektideen von gemeinnützigen Trägern, die als juristische Person gelten (z.B. Vereine). Initiativen und Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft sind nicht über den Aktionsfonds förderfähig.

Für die Antragsstellung können Sie auch Übersetzungsprogramme wie z. B. DeepL verwenden (<https://www.deepl.com/de/translator>). Antragsberatung ist in Deutsch, Englisch und Türkisch möglich. Bitte kontaktieren Sie uns.

Notwendige Unterlagen

- **Projektangebot**
- **Finanzplan**
- **Anlage 2 (Honorarkosten)**
- **Anlage 3 (Sachkosten)**

Die Formulare stehen zum Download auf <https://demokratie-in-der-mitte.de/foerderung/zentrum-gesundbrunnen/> zur Verfügung.

Zeitrahmen

Bitte schicken Sie die Unterlagen vollständig und unterschrieben bis spätestens Sonntag, den 22. Mai 2026 (23:59 Uhr) per E-Mail an info@demokratie-in-der-mitte.de

Das Projekt kann nach Prüfung auf Förderfähigkeit und mit Zustimmung des Demokratiebündnis Zentrum/Gesundbrunnen frühestens **am 1. Juli 2026 beginnen und muss bis Ende Dezember 2026** abgeschlossen sein.

Ihr Träger kann das eingereichte Konzept ggf. in der Entscheidungssitzung des Demokratiebündnisses Zentrum/Gesundbrunnen vorstellen.

Nach der Entscheidung des Bündnisses prüft ab dem Jahr 2026 zusätzlich das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFZA) den Projektvorschlag.

Nach einer positiven Förderentscheidung werden Sie unverzüglich informiert.

Wenn Ihre Idee ausgewählt wurde, sind Sie aufgefordert, Ihr Projektangebot mit weiteren Unterlagen beim Bezirksamt Mitte einzureichen. Dazu erhalten Sie nach der Zusage weitere Informationen.

Die Interne Koordinierungsstelle beim Bezirksamt Mitte zeichnet für die programmspezifische Abwicklung der zuwendungsrechtlichen Projektvoraussetzungen, die rechtsverbindliche Antragstellung, die ordnungsgemäße Mittelverwendung und die Verwendungsnachweisprüfung verantwortlich

Kontakt:

Demokratie in der Mitte – Partnerschaft für Demokratie Moabit/Wedding

Fabrik Osloer Straße e. V.

Osloer Straße 12, 13359 Berlin

Tel: 030-49500526 / [01639157428](tel:01639157428)

Mail: info@demokratie-in-der-mitte.de

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Entwicklung Ihrer Projekte und sind gespannt auf Ihre Ideen!

Ziele der zu fördernden Projekte des Aktionsfonds der Partnerschaft für Demokratie Zentrum/Gesundbrunnen 2026

(Die Begriffe in *kursiv* werden im Wörterbuch erklärt.)

+++ Kooperationsprojekte zwischen Akteur*innen aus den Gebieten Zentrum und Gesundbrunnen werden besonders begrüßt. +++

+++ Projekte, die im Kontext der U16 und Ü16-Wahlen 2026 Demokratielernen fördern, werden besonders bevorzugt. +++

Mittlerziel 1

Demokratische Kompetenzen – insbesondere im Kontext der Wahlen – werden gestärkt. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene erwerben Wissen über demokratische Prozesse und entwickeln Fähigkeiten für eine aktive, kritische und verantwortungsvolle gesellschaftliche Teilhabe.

Konkrete Handlungsziele:

HZ 1.1. Projekte vermitteln Grundlagen demokratischer Teilhabe für Kinder, Jugendliche und Erstwähler*innen, insbesondere im Hinblick auf die U16 und Ü16-Wahlen 2026.

HZ 1.2. Medienkompetenz wird gestärkt, mit Fokus auf den Umgang mit Hass im Netz, Desinformation, Verschwörungsideologien und demokratiegefährdender Propaganda.

HZ 1.3. Projekte schaffen niedrigschwellige Bildungsangebote für junge Europäer*innen, die 2026 erstmals an der BVV-Wahl teilnehmen dürfen, und fördern deren politische Beteiligung.

HZ 1.4. Außerschulische Lernformate unterstützen Kinder und Jugendliche dabei, demokratiefeindliche Haltungen zu erkennen und sich reflektiert dazu zu positionieren.

HZ 1.5. Projekte bearbeiten Phänomenbereiche wie Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, LSBTIQ*-Feindlichkeit, Antiziganismus, Demokratieskepsis oder Islamistisch begründeten Extremismus über pädagogische, kreative oder politische Bildungsansätze.

Mittlerziel 2

Begegnung, Dialog und ein solidarisches Miteinander werden gefördert. Projekte schaffen Räume für Austausch, Teilhabe und *Empowerment* unterschiedlicher Gruppen im Gebiet Berlin-Zentrum/Gesundbrunnen.

Konkrete Handlungsziele:

HZ 2.1. Begegnungsräume werden geschaffen oder gestärkt, insbesondere dort, wo laut Sozialraumanalyse Bedarfe bestehen.

HZ 2.2. Projekte greifen Bedarfe zu Armut, Wohnungsnot und sozialer Ausgrenzung auf und fördern gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe.

HZ 2.3. Formate mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stärken Selbstwirksamkeit, empowern sie und fördern demokratische Handlungskompetenzen.

HZ 2.4. Projekte stärken Familien, Eltern, Bezugspersonen und Multiplikator*innen im Umgang mit demokratiebezogenen Herausforderungen, u. a. in den Bereichen Extremismuskritik und diskriminierungssensibler Erziehung.

HZ 2.5. Aktionen im öffentlichen Raum machen demokratische Vielfalt sichtbar und fördern Austausch zwischen unterschiedlichen Gruppen.

HZ 2.6. Projekte fördern die Auseinandersetzung mit Kriegen und Konflikten verschiedener Weltregionen und adressieren gleichzeitig diskriminierende Haltungen wie Antisemitismus, antimuslimischen oder anti-Schwarzen Rassismus.

HZ 2.7. Beteiligungsformate für Geflüchtete und migrantische Communities ermöglichen aktive Mitgestaltung und stärken soziale Teilhabe.

HZ 2.8. Kreative und öffentlichkeitswirksame Aktionen fördern Verständnis für verschiedene Phänomenbereiche wie LSBTIQ*-Feindlichkeit, Rechtsextremismus oder Demokratieskepsis.

Mittlerziel 3

Diskriminierung, gesellschaftlicher Spaltung und extremistischen Ideologien wird aktiv entgegengewirkt. Die Selbstwirksamkeit besonders betroffener Gruppen wird gestärkt und ein diversitätsbewusstes Zusammenleben gefördert.

Konkrete Handlungsziele:

HZ 3.1. Projekte sensibilisieren für Rassismus, Antiziganismus, Antisemitismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, LSBTIQ*-Feindlichkeit, *Ableismus*, *Klassismus* sowie weitere *Diskriminierungsformen*.

HZ 3.2. Aufklärungsangebote stärken die Handlungsfähigkeit von Menschen, die von *Diskriminierung* oder Ausgrenzung betroffen sind, und fördern *Empowerment*.

HZ 3.3. Projekte unterstützen Menschen in Situationen sozialer Not und vermitteln Wissen über soziale Rechte, z. B. bei drohender Verdrängung.

HZ 3.4. Maßnahmen thematisieren Herausforderungen des öffentlichen Raums, insbesondere das Müllproblem, und fördern Beteiligung an nachhaltigen, klima- und sozialverträglichen Lösungen.

HZ 3.5. Multiplikator*innen, staatliche und zivilgesellschaftliche Akteur*innen werden durch praxisorientierte Angebote befähigt, demokratiefeindliche Ideologien zu erkennen und ihnen entgegenzutreten.

Wörterbuch:

Diskriminierung – ist die ungleiche, benachteiligende und ausgrenzende Behandlung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen und ihnen zugeordneter Personen. Die betroffenen Personen werden dabei auf bestimmte einzelne Merkmale reduziert. Teilweise werden ihnen diese Merkmale nur zugeschrieben, sind also gar nicht real. Diskriminierung ist nicht auf individuelles Handeln beschränkt, sondern auch in gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Strukturen verankert.

Empowerment – kommt aus dem Englischen und bedeutet (Selbst-)Ermächtigung. Damit ist gemeint, dass Personen oder Gruppen, die gesellschaftlich benachteiligt sind, durch gezielte Strategien das Handwerkszeug erwerben, ihr Leben selbstbestimmter zu gestalten und sich gegen Diskriminierung zur Wehr zu setzen. In Empowerment-Ansätzen bestärken sich Menschen gegenseitig, die von derselben Diskriminierungsform betroffen sind.

Intersektional/Intersektionalität – beschreibt das Überschneiden und Zusammenwirken von verschiedenen Diskriminierungsformen. Menschen vereinen verschiedene Eigenschaften und Identitäten in sich. Intersektionalität berücksichtigt, dass Menschen oft wegen mehrerer (tatsächlicher oder zugeschriebener) Eigenschaften/Identitäten benachteiligt werden.

Klassismus – bezeichnet die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft und/oder der sozialen und ökonomischen Position.

LSBTIQ*-Feindlichkeit – bezeichnet die Diskriminierung von Menschen, die jenseits der heterosexuellen und zweigeschlechtlichen Norm leben und lieben.

FLINTA* – Abkürzung von **F**rauen, **L**esben, **I**ntersexuelle, **N**ichtbinäre, **T**ransgender, **A**gender; der Asterisk (*) steht für weitere Geschlechtsidentitäten

Ableismus – beschreibt die Diskriminierung von behinderten Menschen. Der Begriff ist vom englischen Wort „able“ („fähig“) abgeleitet, benennt also die Ungleichbehandlung von Menschen aufgrund von (tatsächlichen oder zugeschriebenen) Fähigkeiten.

Institutioneller Rassismus – meint Formen der Diskriminierung, Ausgrenzung oder Abwertung, die von den Institutionen einer Gesellschaft, wie zum Beispiel der Polizei, von Behörden oder Schulen, ausgehen. Ausgangspunkt sind dabei nicht die Vorurteile oder abwertenden Einstellungen der handelnden Individuen. Vielmehr führen die Auslegung oder die Anwendung von Regeln, Vorschriften, Normen, Routinen oder eingeschliffenen Praktiken dazu, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen mittelbar oder unmittelbar benachteiligt werden. Institutioneller Rassismus ist meist schwieriger zu erkennen als individuelle Formen wie rassistische Beleidigungen oder Übergriffe und er erfordert andere Ansätze zur Bekämpfung.